



HESSISCHER LANDTAG

27. 03. 2025

38. Sitzung

Wiesbaden, den 27. März 2025

Inhalt

Amtliche Mitteilungen	2677	2. Dringlicher Antrag	
<i>Entgegengenommen</i>	2677	Fraktion der Freien Demokraten	
Präsidentin Astrid Wallmann	2677	Aus Verantwortung für kommende Generationen – Beibehaltung der Schuldenbremse in Hessen	
Ingo Schon	2677	– Drucks. 21/2094 –	2677
Oliver Stirböck	2677	<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	2686
1. Antrag		Robert Lambrou	2677, 2682, 2684
Fraktion der AfD		Marion Schardt-Sauer	2678, 2685
Schuldenbremse des Grundgesetzes beibehalten, historisch beispiellose Neuverschuldung des Bundes abwenden		Miriam Dahlke	2679
– Drucks. 21/2054 –	2677	Ingo Schon	2680
<i>Abgelehnt</i>	2686	Marius Weiß	2681, 2685
Änderungsantrag		Staatssekretär Uwe Becker	2683
Fraktion der AfD		<i>Abstimmungsliste</i>	2687
– Drucks. 21/2089 –	2677		
<i>Abgelehnt</i>	2686		

Anwesenheit

Im Präsidium:

Präsidentin Astrid Wallmann

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Boris Rhein

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum Kaweh Mansoori

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung
und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Manfred Pentz

Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz Prof. Dr. Roman Poseck

Minister der Justiz und für den Rechtsstaat Christian Heinz

Minister für Kultus, Bildung und Chancen Armin Schwarz

Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur Timon Gremmels

Ministerin für Digitalisierung und Innovation Prof. Dr. Kristina Sinemus

Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege Diana Stolz

Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales Heike Hofmann

Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei Benedikt Kuhn

Staatssekretär Tobias Rösmann

Staatssekretärin Ines Fröhlich

Staatssekretär Uwe Becker

Staatssekretär Christoph Degen

Staatssekretär Stefan Sauer

Staatssekretär Michael Ruhl

Staatssekretärin Dr. Sonja Optendrenk

Abwesende Abgeordnete:

Sabine Bächle-Scholz

Frederik Bouffier

Angela Dorn

Nina Eisenhardt

Jürgen Frömmrich

Dirk Gaw

Sascha Herr

Kaya Kinkel

Andreas Lichert

Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Christoph Mikuschek

Jan-Wilhelm Pohlmann

Moritz Promny

René Rock

Christian Rohde

Christoph Sippel

Axel Wintermeyer

(Beginn: 20:42 Uhr)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun eröffne ich die 38. Plenarsitzung des Hessischen Landtages und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Tagesordnung und darf Sie auf Folgendes hinweisen. Die Tagesordnung vom 18. März 2025 liegt Ihnen vor.

Es liegt ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten betreffend „Aus Verantwortung für kommende Generationen – Beibehaltung der Schuldenbremse in Hessen“, Drucks. 21/2094, vor. Dieser wurde heute Vormittag bereits verteilt. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Punkt 2 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Punkt 1, dem Antrag der Fraktion der AfD, aufgerufen werden.

Ich komme damit zur Feststellung der Tagesordnung für die 38. Sitzung mit den eben besprochenen Änderungen und Ergänzungen. Gibt es Einwände? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung so genehmigt.

Wir werden jetzt die Entschuldigungen auch für diese Sitzung festhalten müssen. Entschuldigt fehlen wie heute Morgen von der Fraktion der CDU die Abgeordneten Frederik Bouffier, Jan-Wilhelm Pohlmann und Axel Wintermeyer, von der Fraktion der AfD die Abgeordneten Andreas Lichert und Christian Rohde, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordneten Vizepräsidentin Angela Dorn, Nina Eisenhardt, Jürgen Frömmrich, Kaya Kinkel und Christoph Sippel. Es fehlen der fraktionslose Abgeordnete Dirk Gaw und seitens der Landesregierung Herr Staatsminister Ingmar Jung sowie Herr Staatsminister Prof. Dr. Alexander Lorz.

Ich darf fragen: Gibt es weitere Entschuldigungen? – Herr Schon, bitte schön.

Ingo Schon (CDU):

Frau Präsidentin, ich darf den Abgeordneten Christoph Mikuschek entschuldigen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Schon. – Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Stirböck. Bitte schön.

Oliver Stirböck (Freie Demokraten):

Ich entschuldige den Vizepräsidenten René Rock und Moritz Promny.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Ich schaue in die Runde. Es gibt aber keine weiteren Entschuldigungen.

Damit sind wir am Ende der amtlichen Mitteilungen angekommen.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Antrag

Fraktion der AfD

Schuldenbremse des Grundgesetzes beibehalten, historisch beispiellose Neuverschuldung des Bundes abwenden

– Drucks. 21/2054 –

Mit aufgerufen wird der

Änderungsantrag

Fraktion der AfD

– Drucks. 21/2089 –

Wir haben eben beschlossen, dass verbunden mit Tagesordnungspunkt 1 **Tagesordnungspunkt 2** aufgerufen wird:

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Aus Verantwortung für kommende Generationen – Beibehaltung der Schuldenbremse in Hessen

– Drucks. 21/2094 –

Mir liegt eine erste Wortmeldung vor. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, Herr Lambrou. Redezeit: fünf Minuten.

Robert Lambrou (AfD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Die AfD-Landtagsfraktion hat diese Sondersitzung des Hessischen Landtages beantragt. Es geht um die De-facto-Abschaffung der Schuldenbremse und die neu im Grundgesetz verankerte Klimaneutralität bis 2045.

Wir fordern die Landesregierung auf, darüber zu berichten, wie sich das im Bundestag und Bundesrat beschlossene sogenannte Finanzpaket sowie die beschlossenen Grundgesetzänderungen auf das Land Hessen, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung des Landeshaushalts und der finanziellen Belastung der hessischen Bevölkerung, der gegenwärtigen wie der zukünftigen Generationen, auswirken werden.

(Lebhafter Beifall AfD)

Die Kernaufgaben des Staates sind innere und äußere Sicherheit sowie Infrastruktur. Warum ist der Staat nicht in der Lage, mit einem Gesamtsteueraufkommen von fast 1.000 Milliarden Euro pro Jahr diese Kernaufgaben zu erfüllen, weder im Bund noch im Land? Bevor Schulden in einer dramatischen Höhe gemacht werden, auch in Hessen, muss alles auf den Prüfstand, und es müssen Prioritäten gesetzt werden.

(Lebhafter Beifall AfD)

Wir wollen von der Landesregierung wissen: Auf wie viele Jahre will die Regierung den Landeshaushalt mit wie viel zusätzlichen Schulden belasten? Wie hoch wird die jährliche Schuldenlast in etwa sein? Welche Auswirkungen haben das Aussetzen der Schuldenbremse und die Klimaneutralität bis 2045 auf die hessische Wirtschaft? Wird sich die Hessische Landesregierung auch darum bemühen, Sparmaßnahmen durchzuführen? Falls ja, in welchen Bereichen?

Die äußere Sicherheit wird im Übrigen mittlerweile mit immer mehr Kriegsrhetorik angefeuert, damit im Bund noch mehr Schulden gemacht werden dürfen, wo doch

Diplomatie in der Vergangenheit die Stärke Deutschlands war und jahrzehntelang der Spruch galt: Nie wieder Krieg!

(Beifall AfD)

Herr Ministerpräsident, stellen Sie sich den 70 % der Hessen, die mit ihrer Stimme 2011 die Schuldenbremse in die Verfassung geschrieben haben. Erklären Sie, warum Sie vergangene Woche Freitag mit Ihrem Ja im Bundesrat Wählerbetrug an 70 % der Hessen begangen haben.

(Beifall AfD)

Oder stehen Sie so wenig hinter der Politik von Friedrich Merz, dass Sie sich nicht einmal ans Rednerpult trauen?

Was viele hessische Bürger auch interessiert: Sind Sie wie die AfD der Meinung, dass man als CDU in Hessen jetzt eine erneute Volksabstimmung zur Schuldenbremse durchführen sollte, wenn man politisch glaubwürdig bleiben möchte?

(Beifall AfD)

In jedem Fall: Wenn Sie als CDU 1.000 Milliarden Euro Sonderschulden für die richtige Medizin halten, dann erklären Sie den Patienten bitte auch die Nebenwirkungen.

(Beifall AfD)

Zum Abschluss noch ein Hinweis. Wenn man so durch die Flure des Hessischen Landtages wandert, kommt man bei den Büros der CDU-Fraktion an einem gerahmten Bild eines alten CDU-Wahlplakats vorbei. Man sieht darauf ein weißes Sparschwein auf einer saftigen grünen Wiese und den Slogan: „Ja zur Schuldenbremse“.

(Der Redner hält ein Plakat hoch. – Zurufe AfD: Ui!)

Dann liest man auf dem Plakat noch: „Am 27. März“. Das Plakat war seinerzeit Teil der Bewerbung der CDU für die Volksabstimmung zur Verankerung der hessischen Schuldenbremse in die hessische Landesverfassung, und zwar am 27. März 2011.

(Michael Reul (CDU): Haben Sie gefragt, ob Sie das verwenden dürfen? – Gegenrufe AfD: Oh!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Ich bitte, dass Sie das Plakat jetzt herunternehmen.

Robert Lambrou (AfD):

Heute ist der 27. März 2025. Meine Damen und Herren, es ist schon traurig, dass wir exakt am 14. Geburtstag der Schuldenbremse über ihre Beerdigung durch CDU, SPD und GRÜNE sprechen müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall AfD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Ich würde gern fortfahren. – Als Nächste hat die Abgeordnete Marion Schardt-Sauer der Freien Demokraten das Wort.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Werte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Uns Freie Demokraten treibt an: Was sind die Auswirkungen des Finanzpakets konkret auf Hessen? Es ist schon viel diskutiert worden. Wir sitzen hier im Hessischen Landtag, und es treibt uns an: Wie wird die Landesregierung mit den neuen Möglichkeiten umgehen? Uns ist das Thema wichtig, was wir mit unserem eigenen Antrag heute Abend unterstreichen wollen. Dieser Antrag fasst das Erfolgsmodell zusammen. Das habe ich in den letzten Diskussionen überhaupt nicht gehört. Die hessische Schuldenbremse ist ein Erfolgsmodell; denn sie stellt eine klare Absage an die Verlagerung von Investitionen außerhalb der Schuldenbremse dar. Von daher hat sie schon vielen Stürmen standgehalten.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir hier im Hessischen Landtag müssen der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Hessens gerecht werden. Die aktuelle hessische Schuldenbremse ist ein wesentlicher Bestandteil solider Finanzpolitik. Wir haben sehr intensive Wochen hinter uns, in denen wir sehr viel um diesen Punkt diskutiert haben. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben sich in einer Volksabstimmung – das war nicht vor ewigen Jahrhunderten, sondern sozusagen erst vor Kurzem – mit großer Mehrheit für diese Regelung entschieden. Wir als Landtag sind doch primär verpflichtet, dieses Votum respektvoll zu behandeln und zu erörtern, welche Auswirkungen es jetzt gibt, und uns nicht allein mit der Verteidigungslage in Europa zu beschäftigen.

(Beifall Freie Demokraten)

Werte Kolleginnen und Kollegen, das lassen leider alle Diskussionen vermissen. Vielleicht will man diese Diskussionen aber auch nicht führen. Die Verfügungsmöglichkeiten der Länder, dieser zweite Annex, führen ein bisschen ein Schattendasein. Denn was haben wir in den Wochen seit der Bundestagswahl bis zum heutigen Tag erlebt? Ich will gar nicht auf das eingehen, was auch schon sehr intensiv und emotional diskutiert wurde. Es war aber heute Morgen sehr interessant, was der oder die eine oder andere Fraktionsvorsitzende mit Hessenbezug gesagt hat. Werte Frau Kollegin Claus, wenn die Entscheidung im Bundestag in Berlin, die das Aufheben der Schuldenbremse beinhaltet, nur noch von der Rüstungspolitik durchdrungen wird, bis hin zur Frage der Infrastruktur, bis hin zu Verschuldungsmöglichkeiten für das Land Hessen, dann ist das wenig glaubwürdig.

(Beifall Freie Demokraten)

Werter Kollege Eckert, ich war ein bisschen entsetzt, aber dann eigentlich doch nicht entsetzt, weil das oft Grundhaltung von Sozialdemokraten ist, wenn Sie sagen, auf Landesebene wurde jetzt angepasst, wie es auf Bundesebene ist, weil das bisher auf Landesebene in absurder Weise geregelt und eingeschränkt sei. Das sagt etwas zum Verhältnis von Sozialdemokraten zu Schulden. Werter Kollege Eckert, das ist nicht die Einstellung von Freien Demokraten und auch nicht die mehrheitliche Einstellung der Bürgerinnen und Bürger Hessens gewesen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD – Stephan Grüger (SPD): Bund und Land!)

Staatssekretär Becker in Vertretung des Finanzministers hat an dem Geburtstag der Schuldenbremse gesagt, können heißt nicht müssen. Es ist nur interessant, dass Staatsminis-

ter Lorz in der Pressekonferenz schon von zusätzlichem Geld gesprochen hat. Wenn die Äußerung in der Pressemeldung heißt: „Jahrestag der Schuldenbremse – Die einzige Änderung der Schuldenbremsen der Länder ist die Angleichung an die des Bundes“ – das ist nur mal so die lockere Verdoppelung –, dann zeigt das, ehrlich gesagt, es soll ein bisschen unter dem Radar erfolgen. Wir wollen dabei nicht mitmachen.

(Vereinzelter Beifall Freie Demokraten)

Die Frage an die Landesregierung sei schon gestattet: Bei den ganzen Beratungen, die sehr intensiv auch mit Beteiligung der Länder stattgefunden haben – der Ministerpräsident oder auch der Finanzminister –, wird kolportiert, dass Hessen und Bayern, die beiden Bundesländer, wo Volksabstimmungen im Zusammenhang mit dem Paket stehen, schon sehr konkrete Anregungen haben, wie das Gesetz aussehen soll – das liegt im Übrigen noch gar nicht vor, das werden wir uns sehr genau anschauen –, dass es bloß nicht in Hessen oder Bayern zu einer Volksabstimmung kommen muss. Hört, hört.

Ich gehe davon aus, es ist wahrscheinlich gar nicht die Intention der Hessischen Landesregierung gewesen, so etwas zu vermeiden. Aber es kann nicht sein, dass durch so eine Bundesregelung das starke Votum der hessischen Bürgerinnen und Bürger unterlaufen wird. Das ist unser Fokus heute Abend. Die haben gesagt, der Staat soll nicht mehr ausgeben, als er hat. Wenn sich die Aufgaben und Prioritäten verschieben – da sind wir inhaltlich bei Ihnen –, dann muss man andere Schwerpunkte setzen. Dann darf aber nicht das Prioritäre sein, die Schuldenmaschine anzukippen.

(Beifall Freie Demokraten)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Schardt-Sauer, bitte kommen Sie zum Schluss.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Werte Kolleginnen und Kollegen, deshalb fordern wir explizit mit diesem reinen Landesbezug die Landesregierung auf, von den sich ergebenden Möglichkeiten keinen Gebrauch zu machen und weiterhin an der bestehenden klaren Regelung unserer hessischen Schuldenbremse festzuhalten. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall Freie Demokraten)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächste hat die parlamentarische Geschäftsführerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abgeordnete Dahlke, das Wort.

Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon zweimal zu dem Infrastruktursondervermögen auf Bundesebene und der Schuldenbremse in Hessen diskutiert. Worum es der AfD hier eigentlich geht – das habe ich heute Morgen schon gesagt –, das ist wie immer nicht das Wohl unseres Landes.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD – Lachen AfD)

Die AfD hat diese Sondersitzung wegen der Zeitabläufe beantragt, in denen das alles abgelaufen ist. Ich sage Ihnen, das Grundgesetz wurde noch vom 20. Bundestag geändert, weil es die erforderliche Mehrheit im neuen, 21. Bundestag einfach nicht gibt.

(Volker Richter (AfD): Aha!)

Es ist rechtlich glasklar zulässig, und es ist auch vom Bundesverfassungsgericht noch einmal bestätigt worden, dass der 20. Bundestag das machen durfte. Von daher: überhaupt kein Problem.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD – Robert Lambrou (AfD): Legal ist nicht immer legitim!)

Wir GRÜNE haben immer gesagt: Lasst uns vor der Wahl noch das Grundgesetz ändern. – Spätestens seit der Wahl von Donald Trump war doch klar, dass Europa stärker in die Verantwortung gehen muss. Und dass es Investitionen in die Wirtschaft braucht, das sehen wir auch seit Jahren. Aber das hat die CDU abgelehnt, weil sie Wahltaktik vor staatspolitische Verantwortung gestellt hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach der Wahl hieß es: Ich habe neue Erkenntnisse, die Weltlage ist eine andere. Auf einmal sehe ich, dass die Schuldenbremse reformiert werden muss – zufällig zu dem Zeitpunkt, zu dem ich gerade selbst Bundeskanzler werden will. – Das ist natürlich eine große Hypothek für die Kanzlerschaft von Friedrich Merz, und die zeigt, dass man sich auf sein Wort eigentlich nicht verlassen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt haben AfD und LINKE zusammen eine Sperrminorität gegen die Änderung des Grundgesetzes und damit auch gegen den dringend notwendigen Ausbau unserer Verteidigungsfähigkeit. Ich will noch einmal sagen, Friedrich Merz und die Union haben das echt ganz toll hingekriegt. Die Union hatte nämlich im Wahlkampf die Strategie verfolgt, alles auf die Migrationskarte zu setzen. Dann kam diese völlig unverantwortliche gemeinsame Abstimmung mit der AfD am 29. Januar.

(Zuruf Jochen K. Roos (AfD))

Diese Strategie hat die CDU nicht etwa stark, sondern schwach gemacht. Die AfD hat ihr historisch bestes Ergebnis erzielt, DIE LINKE wurde aus der faktischen Bedeutungslosigkeit wiederbelebt, und deswegen haben wir jetzt diese Sperrminorität im nächsten Bundestag, der seit dieser Woche existiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Richter (AfD): Das ist der Bürgerwille!)

Deswegen musste das alles jetzt noch ganz schnell gehen, und deswegen ist es jetzt so passiert.

(Jochen K. Roos (AfD): Ach so, einfach so passiert!)

Die AfD wollte das Ganze noch stoppen mit einem Antrag, den sie hier in der letzten Woche gestellt hat, mit der Forderung einer Beschlussempfehlung des Landtags an die Landesregierung. Da frage ich mich schon, ob Sie einmal in die Geschäftsordnung schauen oder in die Regelungen, die wir haben. So kann die Landesregierung natürlich

selbstständig entscheiden, wie sie im Bundesrat abstimmt. Da gibt es keine Beschlussempfehlung, und für die hätten Sie hier natürlich auch keine Mehrheit bekommen, Kolleginnen und Kollegen von der AfD.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lisa Gnadt (SPD))

Ich kann dazu nur sagen: too little, too late.

Vom Sondervermögen für Wirtschaft und Infrastruktur werden 100 Milliarden Euro an die Länder fließen. Da wird es kluge Vorschläge brauchen, wie das Geld den Menschen hier in Hessen am besten dient. Wir wissen, die Kommunen brauchen viel Unterstützung beim Bau von Kitas, von Schulen, aber natürlich auch bei Investitionen für die Klimaneutralität.

(Volker Richter (AfD): Die NGOs der GRÜNEN!)

Neben dem Infrastrukturpaket wurde aber auch der Verschuldungsspielraum für die Länder jetzt analog wieder in Kraft gesetzt. Ich verstehe, ehrlich gesagt, die ganze Aufregung nicht; denn das ist keine Verpflichtung, Schulden zu machen. Schulden machen zu dürfen, schränkt die Autonomie der Länder überhaupt nicht ein. Auch wir sagen, natürlich muss man mit dieser Ermächtigung verantwortlich umgehen. Aber wir werden in Hessen darauf achten, dass das nicht alles in Wahlgeschenke, Steuersenkungen oder so etwas geht, sondern dass davon sinnvolle Investitionen getätigt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen besteht kein Grund, sich aufzuregen. Die Schuldenbremse in Hessen ist nicht ausgehöhlt. Die Länder bekommen die Ermächtigung dafür.

(Zurufe AfD)

Jetzt noch ein Hinweis zur AfD. Laut Art. 83 unserer Verfassung braucht es ein Fünftel der Abgeordneten, um diese Sondersitzung zu beantragen. Sie sind aber nur 25 und nicht 27 Abgeordnete. Also haben Sie mal wieder mit den Kollegen Müger und Herr zusammengearbeitet,

(Zurufe AfD: Ja!)

und Sie haben mal wieder bewiesen, dass Sie sich doch eigentlich immer noch als Einheit wahrnehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und Freie Demokraten – Zurufe AfD)

In dem Brief, der uns im Ältestenrat vorlag, haben Sie nur davon gesprochen: „Wir beantragen ...“ Unterschrieben war das von Herrn Dr. Grobe. Dann haben Sie noch die Unterschriften von Herrn Müger und Herrn Herr drangeackert, aber Sie sehen sich als Einheit.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Deswegen möchte ich es hier noch einmal festhalten: Danke, dass Sie uns mit dem Antrag noch einmal gezeigt haben, Sie distanzieren sich nicht von Menschen, die Kontakte zu Neonazis haben, die in der Migrationspolitik gern mit Waffengewalt arbeiten würden. Danke, dass Sie das heute noch einmal bewiesen haben. Das war es echt wert. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächster hat der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion das Wort, Herr Abgeordneter Ingo Schon.

Ingo Schon (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Dahlke, ich weiß wirklich nicht, ob die Schwere der Debatte diese billige Polemik trägt; aber das müssen Sie selbst entscheiden. Ich finde, diese billigen Angriffe in dieser Debatte werden dem nicht gerecht.

Wir haben heute schon fast zwei Stunden über dieses Thema diskutiert. Deswegen will ich nicht alle Argumente wiederholen, die unsere Vorsitzende bereits heute Morgen an diesem Pult in wesentlichen Zügen deutlich gemacht hat. Auch der Ministerpräsident hat im Bundesrat das Abstimmungsverhalten und unsere Einstellung deutlich gemacht. Dort wurde es entschieden, und dort hat er auch gesprochen. Deswegen will ich an dieser Stelle nicht alles wiederholen. Ich will aber für die CDU-Fraktion sehr klar sagen: Die CDU-Fraktion steht auch weiterhin zur Schuldenbremse.

(Beifall CDU – Lachen AfD)

Da können Sie jetzt gern schreien und anderes, aber wir waren und sind der Anwalt der jungen Generation.

(Lachen AfD – Unruhe – Glockenzeichen)

Wir haben seit Jahrzehnten für das Modell der Schuldenbremse gestritten. Es waren CDU-Finanzminister und eine CDU-Bundeskanzlerin, die wesentlich dafür gesorgt haben, in weiten Teilen mit der SPD, dass die Neuverschuldung in Deutschland zwischen 2010 und 2020 um fast 20 Prozentpunkte gesunken ist, von 80 % auf 60 % des BIP.

(Beifall CDU – Zurufe AfD)

Das waren unsere Erfolge. Aber wir erkennen eben auch, dass sich die Sicherheitslage in den letzten drei Wochen verändert hat. Ich weiß, Sie ignorieren das, auch die GRÜNEN ignorieren das. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie im Oval Office ein ukrainischer Präsident in den Senkel gestellt worden ist – wenn ich das einmal auf Hessisch sagen darf. Das war vorher undenkbar. Aber wenn Sie sagen, dass sei alles ganz normal, dann schauen Sie vielleicht gerade einmal ins Internet, schauen Sie auf bild.de. Die titeln gerade: „NATO-Alarm vor Rügen: Luftwaffe fängt russischen Spionageflieger ab“. Ich finde, das ist durchaus etwas Neues. Darauf muss man reagieren, und das tun wir.

(Beifall CDU und Stephan Grüger (SPD))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Schon, eine Frage: Lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schleich zu?

Ingo Schon (CDU):

Nein. – Wir haben darauf reagiert, und das war nötig; dabei bleibe ich.

Lassen Sie mich das gerne auch in Ihre Richtung sagen: Es passt am Ende einfach nicht zusammen, wenn wir alles zusammenrechnen, was Sie in den letzten Monaten, auch

in den letzten drei Tagen dieses Plenums wieder an Mehrausgaben gefordert haben. All diese Mehrausgaben passen nicht mit dem ständigen Aufruf zum Sparen zusammen.

(Zurufe AfD – Glockenzeichen)

Hören Sie auf mit Ihrem Pharisäertum. Es passt einfach nicht zusammen. Hören Sie einfach auf damit.

(Lebhafter Beifall CDU und SPD – Lachen und Zurufe AfD)

Ein Wort zu Hessen. Ja, auch bei uns gibt das Grundgesetz nun die Möglichkeit einer höheren Neuverschuldung. Das stimmt, das bestreiten wir auch nicht. Aber ich zitiere meine Fraktionsvorsitzende: Das ist für uns „kein Aufruf zum Tanz“. – Wir werden jetzt nicht in jedem Jahr automatisch diese Schuldenregel bis auf den letzten Cent in Anspruch nehmen. Unser Koalitionsvertrag ist da sehr klar, er bekennt sich zur Schuldenbremse. Wir als CDU bekennen uns zur Schuldenbremse. Das bedeutet, dass wir Strukturveränderungen vornehmen werden. Bürokratieabbau und auch Staatsmodernisierung werden wir angehen. Das tun wir schon, und dazu wird es weitere Vorstöße von uns geben.

Deswegen kann ich Ihnen sagen: Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Sie können jederzeit einen Berichtsantrag in den Ausschüssen stellen.

Zur Neuverschuldung – Sie haben es wahrscheinlich bemerkt –: Wir haben in diesen Tagen den Haushalt für das laufende Jahr beschlossen. Dort wird diese Neuverschuldungsregelung schon zum ersten Mal nicht in Anspruch genommen. Insofern verlassen Sie sich darauf, dass wir auch weiterhin mit der Verfassung des Landes und mit der Bundesverfassung sehr verantwortungsvoll umgehen werden.

(Zurufe AfD – Glockenzeichen)

Zum Ende will ich Ihnen eines sehr persönlich sagen. Ich bestreite überhaupt nicht, dass dieser Schritt, den wir da im Bund gegangen sind, auch in der CDU intensiv diskutiert worden ist.

(Oliver Stirböck (Freie Demokraten): Immerhin!)

Viele tun sich schwer damit, auch ich selbst. Es ist ein Vorgehen, das den Markenkern der CDU durchaus berührt. Aber lassen Sie mich deswegen zum Ende vielleicht noch einmal grundsätzlich werden: Was ist dieser Markenkern, und was ist die Schuldengrenze?

(Andreas Lobenstein (AfD): Echt eine gute Frage!)

Aus meiner Sicht ist es eine selbstverständliche Überzeugung, dass man, wenn man ordentlich Geld verdient, mit diesem Geld am Ende auch auskommen muss. Das gilt für den Staat genauso wie für jeden Einzelnen von uns im normalen Leben. Aber das bedeutet doch am Ende ganz logisch, dass man in Ausnahmesituationen auch Ausnahmen machen können muss. Wir haben nun mal die Ausnahme, dass wir im dritten Jahr eine historische Rezession in Deutschland haben, dass wir im kommenden Jahr in Hessen aufgrund der Steuerausfälle wieder Milliardenlöcher haben werden, dass uns Amerika seine schützende Hand entzogen hat und dass Europa bei Verteidigung und Sicherheit in dramatischer Weise umsteuern muss.

(Zurufe AfD – Glockenzeichen)

Deswegen sage ich Ihnen: Wir nehmen diese Verantwortung an, so wie wir in der Geschichte unseres Landes jede Verantwortung angenommen haben. Seien Sie gewiss, dass die CDU im Bund alles dafür tun wird, das Land wieder auf die Spur zu bringen, und wir in Hessen stehen an der Seite. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall CDU und SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächster hat der Abgeordnete Marius Weiß der SPD-Fraktion das Wort.

Marius Weiß (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Miriam Dahlke hat es eben schon gesagt: In den letzten zwei Tagen ist das jetzt das vierte Mal, dass wir uns hierüber unterhalten, gestern schon im Rahmen der Haushaltsberatungen und heute Morgen in zwei Aktuellen Stunden. Ich habe heute Morgen schon zu dem Thema rechtliche Rahmenbedingungen eine ganze Menge gesagt, warum es Gründe hat, dass die AfD und die FDP vor sämtlichen deutschen Gerichten, die sie angerufen haben, vor dem Bundesverfassungsgericht, vor allen Landesverfassungsgerichten, krachend gescheitert sind, warum das rechtlich in Ordnung ist, was wir gerade gemacht haben.

(Robert Lambrou (AfD): Legal ist nicht legitim!)

Ich habe heute Morgen über das Rechtliche hinaus auch noch dargelegt, warum das auch ökonomisch klug ist, was wir tun. Vor der Grundgesetzänderung waren wir, was die Schuldenstandsquote angeht, ganz weit unten in der Skala der vergleichbaren Länder. Nach der Grundgesetzänderung sind wir immer noch ganz unten in der Skala der vergleichbaren Länder. Es ist richtig, das jetzt zu tun, weil wir das Geld für unsere Infrastruktur und unsere Verteidigung brauchen.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Ja, wir hätten uns auch vorstellen können, dass wir das Ganze schon ein bis zwei Jahre früher gemacht hätten, was wir jetzt gemacht haben. Daraus machen wir gar kein Hehl, und das ist auch kein Geheimnis. Aber wir schauen nach vorn und nicht zurück.

Ich möchte auf jeden Fall sagen, ich habe das auch heute Morgen schon gesagt: Ich habe großen Respekt davor, wie sich die GRÜNEN in dieser Debatte verhalten haben. Ich habe auch sehr großen Respekt davor, wie die CDU als Partei und wie die Abgeordneten im Bundestag und im Hessischen Landtag sich verhalten haben. Man muss schon sagen, auch in Richtung der FDP: Die CDU hat vor Regierungseintritt schon mehr Verantwortungsbewusstsein gezeigt als die FDP in drei Jahren in der Regierung.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU – Zuruf Freie Demokraten: Unfassbar!)

Das muss man hier einmal sagen, und davor habe ich großen Respekt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht müssen wir das hier einmal festhalten: Schuldenregeln sind gut. Auch diese Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag einen klaren Auftrag gegeben, dass wir uns an Schuldenregeln halten. Das ist auch richtig so. Es ist auch richtig,

dass wir in den letzten Jahren Schuldenregeln hatten. Nur, wir müssen sie an die richtigen Bedarfe anpassen. Dass wir jetzt so viel Spielraum haben, wo die NATO droht auseinanderzubrechen und wir eine so große Bedrohung aus Russland haben wie seit Jahrzehnten nicht, dass wir die Möglichkeit haben, jetzt auch tatsächlich in die Verteidigung und in die Infrastruktur zu investieren, das ist doch gut für uns.

Andere Länder hätten das gerne. Schauen Sie einmal nach Frankreich, nach Großbritannien, wo sie 120 oder 130 % Schuldenstandsquote haben und wo gerade darüber diskutiert wird, wo man denn jetzt das Geld für die Aufrüstung herbekommt. Man hofft auf Eurobonds, damit man möglichst zu vertretbaren Zinsen die eigene Verteidigungsindustrie aufrüsten kann. Das sind die Debatten in anderen Ländern. Von daher muss man das wieder ein bisschen geraderücken.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Ich finde, extrem schwierig ist auch diese Trennung, die manche Parteien machen – die FDP macht sie, die AfD macht sie auch –, zwischen dem Verteidigungspaket und dem Infrastrukturpaket. Das kann man nicht trennen.

(Oliver Stirböck (Freie Demokraten): Natürlich! – Weitere Zurufe Freie Demokraten)

Frau Kollegin Schardt-Sauer, wo werden denn die deutschen Panzer gebaut, die Leopards? Die werden in Unterlüß in Niedersachsen und in München gebaut. Wo ist im Moment die Bedrohung da? Wie kriegen Sie denn die Panzer dahin, wo im Moment die Bedrohung ist?

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ah!)

Im Krieg gibt es eine Regel: Die Logistik gewinnt den Krieg. – Wir haben in Deutschland Brücken, über die können Sie nur noch mit Autos mit Geschwindigkeitsbeschränkung drüberfahren. Da sollen Panzer drüberfahren? Frau Nikutta, die Chefin der DB Cargo, hat gerade gesagt, wie der Zustand des Cargo-Schiennetzes in Deutschland ist. Sie müssen doch gleichzeitig in die Infrastruktur investieren, um eine Verteidigungsfähigkeit hinzubekommen. Wo sollen denn verwundete Soldaten unterkommen, wo sollen wir Katastrophenschutzeinrichtungen bauen, Zivilschutzeinrichtungen bauen? Dafür brauchen Sie doch Investitionen in die Infrastruktur, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Deswegen ist das richtig, was hier passiert, und deswegen kann man das Verteidigungspaket und das Infrastrukturpaket nicht trennen.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Kriegsanleihen!)

Frau Präsidentin, ich will am Ende aber auch sagen, weil hier immer erzählt wird, das sei SPD pur oder sonst etwas: Diese Grundgesetzänderung ist zwar eine pragmatische, aber keineswegs ideale Lösung, die wir jetzt gefunden haben, um mehr Geld für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung zu stellen. Daueraufgaben sollten grundsätzlich immer über den Kernhaushalt finanziert werden; das sage ich als überzeugter Parlamentarier.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ah!)

Daher hoffe ich, dass sich eine künftige Bundesregierung auf eine stärkere Berücksichtigung von sehr hohen Ein-

künften, Erbschaften und Vermögen einigen kann, um den Haushalt dauerhaft leistungsfähig für die notwendigen Investitionen zu machen.

(Beifall Lisa Gnadt und Stephan Grüger (SPD))

Ich begrüße ausdrücklich, dass das Sondierungspapier von Union und SPD vorsieht, dass eine Expertenkommission eingesetzt werden soll, die einen Vorschlag für eine Modernisierung der Schuldenbremse entwickeln soll, die dauerhaft zusätzliche Investitionen in die Stärkung unseres Landes ermöglichen soll.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Weiß, bitte kommen Sie zum Schluss.

Marius Weiß (SPD):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Was ich damit sagen will: Dieses Sondervermögen ist nicht die Lösung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist aber ein Instrument, um uns entsprechend zur Lösung zu bringen. Aber bis dahin müssen wir noch sehr viel Arbeit erledigen, müssen wir noch sehr viel investieren, dass das Geld auch tatsächlich ausgegeben werden kann und wir diese Investitionen an den Mann bringen können. Denn nur dann werden wir damit auch das erreichen, was wir tatsächlich vorgehabt haben: mehr Verteidigungsfähigkeit und mehr und stärkere Investitionen in dieses Land. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Mir liegt nun noch eine Wortmeldung des Fraktionsvorsitzenden der AfD vor. Ich weise darauf hin, dass es nur eine Redezeit von 49 Sekunden ist, und bitte, dass Sie darauf achten.

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich muss noch etwas zu der Kriegerhetorik der letzten Minuten sagen. Putin hat die Ukraine nicht nach der Bundestagswahl angegriffen, sondern 2022. Donald Trump ist nicht nach der Bundestagswahl Präsident geworden, sondern im Januar 2025, und man kennt ihn seit 2016; da war er schon einmal vier Jahre lang Präsident. Die NATO ist nicht auseinandergebrochen, die NATO existiert.

(Beifall AfD)

Die Amerikaner haben immer noch Soldaten in Deutschland stationiert und diese nicht abgezogen. Ich halte fest: Corona heißt jetzt Russland, Biontech heißt jetzt Rheinmetall, Impfpflicht heißt jetzt Wehrpflicht.

(Zuruf SPD: Billig! – Weitere Zurufe SPD)

Die AfD steht gegen eine Politik, die dem Bürger suggeriert –

Präsidentin Astrid Wallmann:

Kommen Sie jetzt bitte sofort zum Schluss.

Robert Lambrou (AfD):

Es gibt immer eine Alternative, und sie heißt Alternative für Deutschland.

(Lebhafter Beifall AfD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für die Landesregierung darf ich nun Herrn Staatssekretär Becker das Wort erteilen. Bitte schön.

(Zurufe AfD: Schon wieder! – Das gibts doch nicht!)

Uwe Becker, Staatssekretär im Ministerium der Finanzen:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Was haben wir heute Abend gelernt? Den Wolf dürfen wir bejagen, das Murmeltier offensichtlich nicht. So grüßt es am heutigen Tag gleich wieder mit den gleichen Botschaften, den gleichen Aussagen und den gleichen alternativen Fakten für Deutschland.

(Beifall CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die alternativen Fakten hier auf den Tisch gelegt werden mit Begriffen wie, es sei eine Beerdigung der Schuldenbremse,

(Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten): Ist sie doch!)

und die FDP in ihrem Antrag ganz oben die „Beibehaltung der Schuldenbremse“ fordert,

(Zuruf AfD: Zu Recht!)

dann ist eines klar: Die Schuldenbremse gilt. – Darauf hat auch der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion hingewiesen.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Dann ist ja alles in Ordnung!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, sie gilt in Hessen jetzt genauso, wie sie in den zurückliegenden Jahren im Bund galt.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ah!)

Ich habe dort keine Debatte der FDP erlebt, wie furchtbar es jetzt in die Verschuldung gehe, wie unverantwortlich die Schuldenbremse auf Bundesebene sei. Nur, weil sie jetzt in diesem einen Punkt, nämlich in der Frage der 0,35 % des BIP, an die Bundesregelung angelehnt ist, beginnt plötzlich der Untergang des Abendlandes. Nein, meine Damen, meine Herren. Frau Schardt-Sauer, Ihre Frage, wie die Landesregierung mit diesen Möglichkeiten gedenkt umzugehen, ist ganz einfach beantwortet, nämlich verantwortlich.

(Beifall CDU und SPD – Lachen AfD und Freie Demokraten – Gegenruf Stephan Grüger (SPD): Verantwortung für Deutschland, das kennt ihr nicht!)

Meine Damen, meine Herren, wir sind damit nicht leichtfertig, aber – das sage ich genauso an die Adresse der AfD – wir sind auch nicht leichtsinnig. Denn in einer Situation, in der sich die geopolitischen Herausforderungen tatsächlich in einer Weise zugespitzt haben, wo sogar die Frage im Raum steht, ob es weitere Angriffskriege Russ-

lands auf Staaten der Europäischen Union geben könnte –

(Volker Richter (AfD): Bündnisfall! – Zurufe AfD: Lächerlich!)

– Sie sagen, das sei lächerlich. Die Debatte, ob die Ukraine angegriffen wird, ob Russland, ob Putin diesen Angriffskrieg führt, hat man bis zum Beginn auch für lächerlich erklärt.

(Heiko Scholz (AfD): Das ist doch etwas anderes!)

Meine Damen, meine Herren, wenn wir über die Frage sprechen, wer die junge Generation verrät: Sie verraten die junge Generation an Moskau. Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall CDU und SPD – Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Frank Grobe (AfD): Sie! – Jochen K. Roos (AfD): Schulden machen!)

Meine Damen und Herren, wenn ich zu dem Antrag der FDP komme: Liebe FDP, wir sind doch gar nicht weit voneinander entfernt.

(Lachen Freie Demokraten)

Sie fordern: „Die Schuldenbremse gilt“, und die Schuldenbremse gilt. Sie sagen: „Die Schuldenbremse war und ist eine Erfolgsgeschichte“. Ja, die Schuldenbremse ist eine Erfolgsgeschichte, weil es 2016 das erste Mal seit 1969 gelungen ist, dass nicht nur die im Haushalt eingeplante Neuverschuldung vermieden, sondern Altschulden um 200 Millionen Euro bereits getilgt werden konnten.

(Beifall CDU)

Deswegen gilt das, was heute Morgen schon galt: Können heißt nicht müssen. Wir werden mit diesen zusätzlichen Möglichkeiten auf Landesebene sehr verantwortlich umgehen. Aber es gilt natürlich genauso, wenn Sie hier schreiben, dass es eine unregulierte Schuldenaufnahme gebe: Nein, es gibt eine sehr klar regulierte Form der Möglichkeiten, die wir jetzt zusätzlich haben.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Wenn Sie festhalten, dass es eine Aufweichung gebe und über die Aufweichung auch die Möglichkeit, dass jetzt die Investitionstätigkeit des Landes gefährdet sei: Nein, meine Damen, meine Herren, wir werden die Möglichkeiten klug und im Sinne des Landes nutzen und nicht in den Konsum, sondern in Wachstum investieren. Dadurch werden wir weitere Impulse für Hessen setzen können.

Alles zusammengenommen – das Gleiche, was heute Morgen schon die Linie gewesen ist und was gestern auch der Finanzminister vorgetragen hat –: Wir werden uns weiter an den Grundprinzipien solider Haushaltsführung orientieren. Aber wir können und werden dabei nicht übersehen, was um uns herum geschieht, und die notwendigen Investitionen für Verteidigung und die notwendigen Investitionen im Bereich der Infrastruktur auch weiterhin mittragen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatssekretär, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

(Lisa Gnadt (SPD): Ja, bitte!)

Uwe Becker, Staatssekretär im Ministerium der Finanzen:

Ich bin sofort fertig. Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Die Regelungen, die auf Bundesebene getroffen werden, gelten im Sinne von Art. 31 Grundgesetz: „Bundesrecht bricht Landesrecht.“ Anderslautende Landesregelungen über das hinaus, was die 0,35 % des BIP angeht, werden außer Kraft treten. Damit haben wir ganz normal den Zustand, dass die Regelungen, wie sie für den Bund galten, wie sie Herr Lindner eingesetzt hat, künftig im gleichen Umfang und in verantwortlicher Art und Weise auch in Hessen gelten.

(Zuruf Volker Richter (AfD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP – das ist der Abschluss –, sonst fordern Sie doch freies und verantwortliches Handeln. Genau das können Sie dieser Landesregierung unterstellen.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Wir stehen für Vertrauen!)

Denn nicht nur die Schuldenbremse ist ein Erfolgsmodell, sondern die christlich-soziale Koalition ist ebenfalls ein Erfolgsmodell, und darauf können Sie bauen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Es gibt eine zweite Runde. Als Erster hat der Fraktionsvorsitzende der AfD, Herr Abgeordneter Lambrou, das Wort. Redezeit: drei Minuten.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War die Kamera beim ersten Mal defekt? – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde unterbrochen und muss wiederholt werden? – Weitere Zurufe)

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Joachim Pappendick, der Präsident des Bundes der Steuerzahler Hessen, hat vergangene Woche einen Vortrag bei der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden gehalten. Er hat sich sehr kritisch über die Strategie des Schuldenmachens ohne Ende geäußert, was uns jetzt bevorsteht. Er hat auf etwas hingewiesen, was ich hier wiederholen möchte, um die Dimension klarzumachen: Bund, Länder und Gemeinden haben zusammen in 75 Jahren insgesamt 2.500 Milliarden Euro Schulden angehäuft – in 75 Jahren Bund, Länder und Gemeinden zusammen 2.500 Milliarden Euro Schulden. Jetzt kommen durch Ihre Entscheidungen im Bundestag und im Bundesrat in absehbarer Zeit mindestens 1.000 Milliarden Euro neue Schulden dazu. Das ist die Dimension dieses Dammbrochs, Ihrer historischen Fehlentscheidung.

(Beifall AfD)

Davon wird sich Deutschland finanziell und wirtschaftlich nicht mehr erholen. Klimaneutralität bis 2045 im Grundgesetz wird ein zusätzlicher Sargnagel sein.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch einmal, Sie haben sich versprochen! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, was Sie hier gesagt haben, erinnert mich an das Buch „1984“ von George Orwell. Darin gibt es nämlich eine Strategie, und zwar eine Sprache namens Neusprech. Dieses Neusprech versucht den Leuten vorzuschreiben, was sie zu denken haben, indem Begriffe abgeschafft werden oder das Sagbare verengt wird. Wenn Sie „Sondervermögen“ sagen: Es ist kein Vermögen, es sind Schulden ohne Ende.

(Beifall AfD)

Sie tätigen auch keine Investitionen. Wenn Sie genau hinschauen, wie die Definitionen sind, dann stellen Sie fest, da ist viel Verschwendung und Konsum dabei. Sie reden von Verantwortungsbewusstsein, wir erleben das Gegenteil. Solide Haushaltsführung – das Gegenteil ist der Fall bei dieser Schuldenorgie.

(Beifall AfD)

Noch etwas muss ganz klar gesagt werden: Sie regieren mit Angst – Angst vor Corona und jetzt Angst vor dem Russen.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Da spricht der Fachmann!)

Es ist dieselbe Strategie. Aber die Alternative für Deutschland wird dagegenghalten.

(Lebhafter Beifall AfD – Stephan Grüger (SPD): Sie reden Deutschland schlecht, Sie machen den Deutschen Angst! Sie sind der Spezialist für Angstmachen! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

Herr Ministerpräsident, ich kann es nicht fassen. Sie haben heute Morgen die Gelegenheit, am Rednerpult zu diesem Thema Stellung zu nehmen, nicht genutzt. Sie sitzen jetzt wieder hier. Sie haben immer noch die Gelegenheit. Ich bitte Sie, auch als Oppositionsführer: Gehen Sie ans Pult, stellen Sie dem Parlament Ihre Positionen dar. Ansonsten müssen Sie sich noch einmal den Vorwurf gefallen lassen: Was Sie hier machen, ist Feigheit vor dem Parlament, Feigheit vor dem politischen Gegner.

(Beifall AfD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Bitte kommen Sie zum Schluss.

Robert Lambrou (AfD):

Gehen Sie ans Rednerpult, nehmen Sie Stellung.

(Lebhafter Beifall AfD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Nun hat Frau Abgeordnete Marion Schardt-Sauer der Freien Demokraten das Wort.

(Zuruf CDU: Müssen alle über das Stöckchen springen?)

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Werte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ehrlich sagen, spätestens angefangen bei dem Wortbeitrag des Kollegen Weiß, zu dem ich gleich etwas sage, aber auch bei dem des Staatssekretärs, war ich, gelinde gesagt, entsetzt. Wir reden hier über ein gigantisches Thema, und Sie machen Vergleiche, das sei ein Marmeladentier.

(Beifall Freie Demokraten und AfD)

Man kann zu den Dingen stehen, wie man will. Aber ich glaube, „verharmlosend“ ist irgendwie das schlechteste Adjektiv dafür. Sie haben gesagt, Sie handelten besonnen, wir seien nah beieinander, und Sie würden verantwortungsbewusst damit umgehen. Entschuldigen Sie bitte, wenn Sie schon dauernd über die FDP witzeln: Das sagt die Partei, deren Kanzlerkandidat Reformen statt Schulden versprochen hat. Was bekommt das deutsche Volk jetzt? Schulden.

(Lebhafter Beifall Freie Demokraten und AfD – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Statt Reformen!)

Noch einmal: Sie machen das schon bewusst. Ich frage in Richtung der CDU. Es mag sein, dass Sie vielleicht ansatzweise verantwortungsbewusst damit umgehen. Wenn wir jetzt aber den Wortbeitrag von Herrn Weiß hören, der von Verantwortungsbewusstsein spricht, aber einer Partei angehört, die drei Jahre in der Ampel mit der FDP Verantwortung getragen hat, kann ich nur daran erinnern: Die SPD wollte am Anfang maximal Helme in die Ukraine schicken. Jetzt sollen wir noch Panzerstraßen bauen? Das ist doch absurd.

Sie lenken doch davon ab, dass dieses Land wirklich Reformen braucht. Wir brauchen Reformen. Ist es verantwortungsbewusst, ein Drittel des Bundeshaushalts in den Sozialetat zu werfen? Ist es verantwortungsbewusst, die aktuellen Generationen mit Schulden zu belasten?

(Zurufe AfD: Nein!)

Lassen wir uns doch einmal von den Sozialdemokraten definieren, was Verantwortungsbewusstsein ist. Das bleiben Sie nämlich schuldig, Sie lenken davon ab.

Eine abschließende Frage sei bitte auch noch gestattet, Herr Weiß. Noch einmal zu dieser Trennung: Wenn sich die Schuldenbremse in Hessen so bewährt hat, frage ich mich doch – darauf sind Sie nicht eingegangen –: Warum gab es dann das Ansinnen aus Hessen und Bayern, dass man das schon so formuliert, dass es rechtlich kein Problem mit der Volksabstimmung gibt? Darauf hätte ich schon ganz gern Antworten von den Herren da hinten.

(Beifall Freie Demokraten und AfD)

Das sollen sie bitte einmal sagen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Schardt-Sauer, ich erinnere Sie an die Redezeit.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Ich möchte noch einen Satz sagen. – Wenn es so lapidar heißt: „Bundesrecht bricht Landesrecht“,

(Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Art. 31 Grundgesetz!)

zeigt das genau, was man wollte: Das Land Hessen kann jetzt gar nicht anders, als diese Schulden zu machen.

Aber bitte, wir reden hier über den Landesetat. Lassen Sie es uns trennen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Bitte zum Schluss kommen.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Werte Kollegen der CDU, lassen Sie sich bitte nicht von der Schuldenorgie der Sozialdemokraten anstecken. Stehen Sie dazu, dass Sie Reformen wollen.

(Anhaltender Beifall Freie Demokraten und AfD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächster hat der Abgeordnete Weiß der SPD-Fraktion das Wort.

Marius Weiß (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nach den beiden Reden noch einmal gemeldet, weil insbesondere das, was Herr Lambrou gesagt hat, schlicht und einfach hier nicht so stehen bleiben kann und ich nicht möchte, dass das hier als letztes Wort so stehen bleibt.

Wenn Sie über Schulden reden, können Sie nicht in absoluten Zahlen reden, sondern Sie müssen es immer in Relation setzen.

(Zurufe AfD: Aha! – Heiko Scholz (AfD): Nach oben offen!)

Ich will Ihnen das erklären. Wenn zwei Leute in der FDP-Fraktion keine Ahnung haben, dann klingt das nicht viel. Aber wenn ich sage, 25 % in der FDP-Fraktion haben keine Ahnung, dann klingt das relativ viel. Deswegen dürfen Sie nicht mit absoluten Zahlen arbeiten, sondern müssen das immer in Relation setzen.

(Vereinzelter Beifall SPD und CDU)

Ich sage Ihnen: Die Schuldenstandsquote, die wir haben, ist extrem niedrig.

(Volker Richter (AfD): Jetzt habe ich es verstanden!)

Auch nach der Grundgesetzänderung ist sie noch extrem niedrig.

(Robert Lambrou (AfD): Das ist Neusprech, Herr Kollege! Das ist reinstes Neusprech! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen!)

Dieses Paket, das hier beschlossen wurde, erlaubt uns, zu handeln. Ich sage Ihnen noch etwas: Ich bin sehr froh, dass wir, die Fraktionen der CDU und der SPD und im Übrigen auch die GRÜNEN, die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns wissen.

(Beifall SPD und CDU – Lachen AfD)

Sie können von mir aus Ihre eigenen Umfragen machen, oder was weiß ich, was. Aber es gibt klare Umfragen, dass 60 % der Bevölkerung hinter dem stehen, was wir gerade

machen, und dass 80 % der Bevölkerung sagen, dass mehr Geld für Infrastruktur ausgegeben werden soll. Wir haben mit dem, was wir hier machen, die breite Mehrheit der Bevölkerung hinter uns, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU – Robert Lambrou (AfD): Die breite Mehrheit der Bevölkerung hat noch gar nicht begriffen, was Sie machen! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

Was wir hier tun, ist das Richtige; davon bin ich fest überzeugt. Wir laden alle demokratischen Fraktionen ein, mit uns zusammen daran zu arbeiten. Bei der vielen Arbeit, die erst noch auf uns zukommt mit dem Sondervermögen – ich habe es eben gesagt –, ist das nicht das Ende der Veranstaltung, sondern die Arbeit fängt jetzt erst an. Wir haben die Kraft dazu und laden alle ein, mitzuarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und CDU)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen nun im ersten Schritt zu den Abstimmungen. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucks. 21/2089, ab. Ich darf fragen: Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Müger. Wer stimmt dagegen? – Das scheint mir der Rest des Hauses zu sein, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Freien Demokraten. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Die Fraktion der AfD wiederum hat mir signalisiert, dass der Antrag der Fraktion der AfD, Drucks. 21/2054, namentlich abgestimmt werden soll. – Das wird gerade noch einmal bestätigt.

Wir beginnen direkt mit dem Namensaufruf durch die Schriftführer.

(Namensaufruf)

Wir werden jetzt kurz die Sitzung unterbrechen. Ich bitte Sie aber, im Plenarsaal zu bleiben. Wir werden gleich mit der Sitzung fortfahren.

(Stimmenauszählung – Abstimmungsergebnis siehe Anlage)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte noch einmal um Aufmerksamkeit, um das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben.

Für den Antrag haben 24 Abgeordnete mit Ja gestimmt, und 92 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt wurde mir noch signalisiert, dass der Dringliche Antrag der Fraktion der Freien Demokraten, Drucks. 21/2094, dem Haushaltsausschuss überwiesen werden soll. – Ich sehe Zustimmung. Dann verfahren wir so.

Wir sind damit am Ende der Sitzung angekommen. Die Sitzung ist geschlossen, und ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 21:43 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1)**Abstimmungsliste über die namentliche Abstimmung**

Antrag

– Drucks. 21/2054 –

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung
Al-Wazir, Tarek	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Anders, Kathrin	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Appel, Patrick	CDU	nein
Arnoldt, Lena	CDU	nein
Bächle-Scholz, Sabine	CDU	gefehlt
Bamberger, Dirk	CDU	nein
Bärsch, Gerhard	AfD	ja
Bartelt, Dr. Ralf-Norbert	CDU	nein
Barth, Elke	SPD	nein
Bathon, Maximilian	CDU	nein
Bauer, Alexander	CDU	nein
Bausch, Roman	AfD	ja
Bellino, Holger	CDU	nein
Bletzer, Karsten	AfD	ja
Bocklet, Marcus	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Boddenberg, Michael	CDU	nein
Bouffier, Frederik	CDU	gefehlt
Büger, Dr. Matthias	Freie Demokraten	nein
Claus, Ines	CDU	nein
Dahlke, Miriam	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Dorn, Angela	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	gefehlt
Eckert, Tobias	SPD	nein
Eisenhardt, Nina	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	gefehlt
Enners, Arno	AfD	ja
Feldmayer, Martina	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Fissmann, Karina	SPD	nein
Förster-Heldmann, Hildegard	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Franz, Peter	CDU	nein
Frömmrich, Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	gefehlt
Fuchs, Markus	AfD	ja
Funken, Sandra	CDU	nein
Gagel, Klaus	AfD	ja
Gaw, Dirk	fraktionslos	gefehlt
Geis, Kerstin	SPD	nein
Gersberg, Nadine	SPD	nein
Gießler, Jennifer	CDU	nein
Gnadl, Lisa	SPD	nein
Göttlicher, Hans Christian	CDU	nein
Grobe, Dr. Frank	AfD	ja
Gronemann, Vanessa	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Grüger, Stephan	SPD	nein
Hartdegen, Tanja	SPD	nein
Heidt-Sommer, Nina	SPD	nein
Heinz, Christian	CDU	nein
Heitland, Birgit	CDU	nein
Hering, Thomas	CDU	nein
Herr, Sascha	fraktionslos	gefehlt

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung
Herz, Julia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Hofmann (Wiesbaden), Alexander	SPD	nein
Hofmeister, Andreas	CDU	nein
Holschuh, Rüdiger	SPD	nein
Honka, Hartmut	CDU	nein
Jost, Tanja	CDU	nein
Kaffenberger, Bijan	SPD	nein
Kalveram, Esther	SPD	nein
Kasseckert, Heiko	CDU	nein
Kinkel, Kaya	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	gefehlt
Klaes, Lara	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Klee, Stefanie	CDU	nein
Knell, Wiebke	Freie Demokraten	nein
Koebe, Dr. Josefine	SPD	nein
Körner, Matthias	SPD	nein
Künkel, Marie-Sophie	CDU	nein
Kunz-Strueder, Cirsten	SPD	nein
Lambrou, Robert	AfD	ja
Leveringhaus, Torsten	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Leyh, Dominik	CDU	nein
Lichert, Andreas	AfD	gefehlt
Lobenstein, Andreas	AfD	ja
Lortz, Frank	CDU	nein
Lorz, Prof. Dr. R. Alexander	CDU	gefehlt
Martin, Felix	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Marxen, Johannes	AfD	ja
May, Daniel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Meier, Sascha	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Mikuscheck, Christoph	CDU	gefehlt
Müger, Maximilian	fraktionslos	ja
Mulch, Lothar	AfD	ja
Müller (Witzenhausen), Hans-Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Müller (Lahn-Dill), J. Michael	CDU	nein
Müller (Fulda), Sebastian	CDU	nein
Naas, Dr. Stefan	Freie Demokraten	nein
Nguyen, Anna	AfD	ja
Pentz, Manfred	CDU	nein
Pohlmann, Jan-Wilhelm	CDU	gefehlt
Promny, Moritz	Freie Demokraten	gefehlt
Pürsün, Yanki	Freie Demokraten	nein
Ravensburg, Claudia	CDU	nein
Resch, Marcus	AfD	ja
Reul, Michael	CDU	nein
Rhein, Boris	CDU	nein
Richter, Volker	AfD	ja
Rock, René	Freie Demokraten	gefehlt
Rohde, Christian	AfD	gefehlt
Roos, Jochen K.	AfD	ja
Rudolph, Günter	SPD	nein
Sack, Sebastian	SPD	nein
Schad, Max	CDU	nein
Schardt-Sauer, Marion	Freie Demokraten	nein
Schenk (Bebra), Gerhard	AfD	ja

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung
Schenk (Frankfurt), Patrick	AfD	ja
Schimmel, Maximilian	CDU	nein
Schleenbecker, Katrin	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Schleich, Pascal	AfD	ja
Schmitz, Lucas	CDU	nein
Schneider, Stefan	CDU	nein
Schölch, Anna-Maria	CDU	nein
Scholz, Heiko	AfD	ja
Schon, Ingo	CDU	nein
Schulz, Dimitri	AfD	ja
Schwaier, Olaf	AfD	ja
Serke, Uwe	CDU	nein
Sippel, Christoph	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	gefehlt
Sommer (Waldeck-Frankenberg), Dr. Daniela	SPD	nein
Sommer (Hochtaunus), Sebastian	CDU	nein
Speer, Kim-Sarah	CDU	nein
Steinraths, Frank	CDU	nein
Stirböck, Oliver	Freie Demokraten	nein
Stolz, André	CDU	nein
Ulloth, Oliver	SPD	nein
Utter, Tobias	CDU	nein
Vohl, Bernd Erich	AfD	ja
Wagner (Taunus), Mathias	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Wallmann, Astrid	CDU	nein
Walther, Katy	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	nein
Weegels, Sandra	AfD	ja
Weiß, Marius	SPD	nein
Wendel, Christian	CDU	nein
Wetekam, Annette	CDU	nein
Wintermeyer, Axel	CDU	gefehlt
Yüksel, Turgut	SPD	nein
Ziegler (Schwalm-Eder), Christin	CDU	nein
Ziegler (Vogelsberg), Maximilian	SPD	nein

(zurück zum Text auf [Seite 2686](#))